

Sozialhilfe im Städtevergleich

Die Reform des Sozialstaates steht im Mittelpunkt der aktuellen politischen Diskussion. In diesem Zusammenhang spielt die Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe eine bedeutende Rolle. Informationen über die Zahl der Sozialhilfeempfänger, die von den Kommunen betreut werden, sind dabei von besonderem Interesse. Detaillierte Informationen liefert die Gemeinschaftsveröffentlichung

des Bundes und der Länder „Sozialhilfe im Städtevergleich 2003 – Ein Vergleich 76 deutscher Großstädte“¹, so zum Beispiel einen Zeitvergleich über die Berichtsjahre 1997 bis 2003 sowie (für ausgewählte Großstädte) die Zahl der Hilfeempfänger, die nicht erwerbstätig, aber grundsätzlich erwerbsfähig sind. Im Folgenden werden einige Auszüge und Interpretationen aus der Publikation wiedergegeben.



i Allgemeine Vorbemerkungen

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, in Not geratenen Bürgern¹ eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen den betroffenen Personen immer dann gewährt, wenn diese nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird.

In der Sozialhilfe unterscheidet man je nach Art der vorliegenden Notlage zwei Haupthilfearten: Personen, die ihren Bedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. (= so genanntes soziokulturelles Existenzminimum) nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf **Hilfe zum Lebensunterhalt**. Die Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt bilden zugleich den Personenkreis, der im Blickpunkt der Armutsdiskussion steht. **Hilfe in besonderen Lebenslagen** wird Personen gewährt, die in einer besonderen Lebenssituation, wie Pflegebedürftigkeit, Krankheit oder Behinderung, Unterstützung benötigen.

Im Ausmaß des Sozialhilfebezugs sind größere regionale Unterschiede festzustellen. Die vorliegende Publikation gibt einen Überblick über diese regionalen Disparitäten, insbesondere im Vergleich der Großstädte.

Eine genauere Analyse oder Interpretation der länder- bzw. städtespezifischen Unterschiede ist im Rahmen dieser Veröffentlichung allerdings nur sehr eingeschränkt möglich. Die Untersuchung bezieht sich ausschließlich auf die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (= so genannte „Sozialhilfe im engeren Sinne“).

Den Ausführungen liegen dabei die Sozialhilfedaten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder für die Berichtsjahre 1997 bis 2003 zugrunde. Dargestellt werden die Ergebnisse der Sozialhilfeempfängerstatistik nach dem Wohnortprinzip für insgesamt 76 Großstädte, die in diesem Zeitraum zumindest einmal mehr als 100 000 Einwohner hatten. Für Nordrhein-Westfalen werden die kreisfreien Städte – insbesondere aus Gründen der Übersichtlichkeit – erst ab einer Größe von 150 000 Einwohnern betrachtet.

Die Sozialhilfequoten (Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe) werden auf jeweils eine Nachkommastelle gerundet. Bei Betrachtung der Veränderungsraten im Zeitvergleich oder auch der Abweichungen vom Landes- bzw. Großstadtdurchschnitt werden jedoch zunächst die nicht gerundeten Werte zugrunde gelegt; daher sind geringe Rundungsdifferenzen möglich.

¹ Zugunsten der besseren Lesbarkeit wird im Text auf die weibliche Form wie Empfängerinnen verzichtet. Selbstverständlich sind beide Geschlechter gemeint.

¹ Diese vom Statistischen Bundesamt hergestellte Gemeinschaftsveröffentlichung kann auch unter <http://www.destatis.de> **Sozialhilfe im Städtevergleich** abgerufen werden (PDF, 893 KB).

T Sozialhilfe und Sozialhilfequoten*) im Ländervergleich

| Bundesland Baden-württembergische Großstadt | Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne ¹⁾ | | | | Veränderung der Quote |
|---|---|---------------------|----------------|---------------------|--------------------------|
| | 1997 | | 2003 | | 2003 - 1997 |
| | 1 000 | Quote ²⁾ | 1 000 | Quote ²⁾ | Prozentpunkte |
| Baden-Württemberg | 253,9 | 2,4 | 228,2 | 2,1 | - 0,3 |
| darunter | | | | | |
| Stuttgart | 24,5 | 4,2 | 22,8 | 3,9 | - 0,3 |
| Mannheim | 17,7 | 5,7 | 18,4 | 6,0 | + 0,3 |
| Karlsruhe | 9,7 | 3,5 | 11,0 | 3,9 | + 0,4 |
| Freiburg im Breisgau | 9,5 | 4,8 | 6,4 | 3,0 | - 1,7 |
| Heidelberg | 4,0 | 2,8 | 3,2 | 2,3 | - 0,6 |
| Heilbronn | 4,4 | 3,6 | 4,4 | 3,6 | + 0,0 |
| Ulm | 3,9 | 3,3 | 3,2 | 2,7 | - 0,6 |
| Pforzheim | 5,1 | 4,3 | 4,1 | 3,4 | - 0,9 |
| Reutlingen | 3,9 | 3,6 | 3,8 | 3,4 | - 0,2 |
| Bayern | 246,6 | 2,0 | 223,2 | 1,8 | - 0,2 |
| Berlin | 268,4 | 7,8 | 260,5 | 7,7 | - 0,1 |
| Brandenburg | 55,2 | 2,1 | 76,2 | 3,0 | + 0,8 |
| Bremen | 71,3 | 10,6 | 61,0 | 9,2 | - 1,4 |
| Hamburg | 144,0 | 8,4 | 119,2 | 6,9 | - 1,6 |
| Hessen | 262,2 | 4,3 | 237,2 | 3,9 | - 0,5 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 46,6 | 2,6 | 65,6 | 3,8 | + 1,2 |
| Niedersachsen | 337,3 | 4,3 | 311,9 | 3,9 | - 0,4 |
| Nordrhein-Westfalen | 695,1 | 3,9 | 682,9 | 3,8 | - 0,1 |
| Rheinland-Pfalz | 123,3 | 3,1 | 102,8 | 2,5 | - 0,5 |
| Saarland | 53,9 | 5,0 | 43,4 | 4,1 | - 0,9 |
| Sachsen | 89,6 | 2,0 | 133,3 | 3,1 | + 1,1 |
| Sachsen-Anhalt | 73,2 | 2,7 | 95,2 | 3,8 | + 1,1 |
| Schleswig-Holstein | 123,8 | 4,5 | 115,0 | 4,1 | - 0,4 |
| Thüringen | 48,8 | 2,0 | 55,5 | 2,3 | + 0,4 |
| Deutschland | 2 893,2 | 3,5 | 2 811,2 | 3,4 | - 0,1 |
| Nachrichtlich: | | | | | |
| Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West) | 2 311,4 | 3,6 | 2 124,9 | 3,2 | - 0,4 |
| Neue Länder (ohne Berlin-Ost) | 313,4 | 2,2 | 425,8 | 3,1 | + 0,9 |

*) Jeweils zum Jahresende. – 1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. – 2) Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung des entsprechenden Berichtsjahres.

(+ 36 %). Die Sozialhilfequoten im Westen bzw. Osten haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr angenähert. So war die Sozialhilfequote Ende 2003 in Westdeutschland mit 3,2 % nur noch wenig höher als in Ostdeutschland, wo sie zum Jahresende 3,1 % betrug (siehe Tabelle und Schaubild). Die höchsten Sozialhilfequoten gab es Ende 2003 wie in den Vorjahren in den drei Stadtstaaten

Bremen 9,2 %
 Berlin 7,7 %
 Hamburg 6,9 %

Unter den Flächenländern verzeichneten die höchsten Quoten

Schleswig-Holstein 4,1 %
 Saarland 4,1 %

Die niedrigsten Quoten wiesen hingegen auf

Bayern 1,8 %
 Baden-Württemberg 2,1 %
 Thüringen 2,3 %

Jeder 3. Sozialhilfeempfänger ist ein Kind

Viele der Sozialhilfebezieher sind Kinder unter 15 Jahren. Von ihnen waren Ende 2003 über 933 000 von Sozialhilfe abhängig; das sind ein Drittel der Empfänger insgesamt (siehe Schaubild). Über die Hälfte dieser Kinder lebten in Haushalten von allein erziehenden Frauen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe zeigt sich auch in der Sozialhilfequote, die bei den unter 15-Jährigen mit 7,7 % weit über der durchschnittlichen Gesamtquote (3,4 %) lag. Die Sozialhilfequote der Kinder ist umso höher, je jünger diese sind. Die übrigen Altersgruppen sind relativ weniger auf Sozialhilfe angewiesen. So lag die Sozialhilfequote der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) bundesweit bei 3,2 %. Auch die Sozialhilfequote älterer Menschen ab 65 Jahren lag mit 0,7 % weit unter der allgemeinen Quote. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Zahl der Hilfebezieher ab 65 Jahren um ca. 48 % auf bundesweit 98 000 Personen, was insbesondere auf die Einführung des „Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ zu Beginn des Jahres 2003 zurückzuführen ist. Dieses neue Sozialleistungsgesetz sieht für über 65-Jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung vor, welche den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt.

Aktuelle Eckzahlen zur Sozialhilfe: Bayern vorn – Bremen hinten

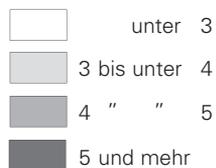
Am Jahresende 2003 erhielten 2,81 Mill. Personen in Deutschland Sozialhilfe im engeren Sinne.² Die Sozialhilfequote lag damit auf Bundesebene bei 3,4 %. Gut 2,1 Mill. Sozialhilfeempfänger lebten am Jahresende 2003 im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) und 426 000 in den neuen Ländern; in Berlin waren es rund 261 000 Hilfebedürftige (Tabelle). Auch wenn gegenüber 2002 ein Anstieg der Zahl der Hilfeempfänger in Ost und West festzustellen ist, liegt die Zahl der Hilfeempfänger in Westdeutschland³ um 187 000 (- 8 %) unter dem bisherigen Höchststand der Empfänger auf Bundesebene zum Jahresende 1997. Dagegen stieg sie in Ostdeutschland seit 1997 stetig an, insgesamt in diesem Zeitraum um etwa 112 000

² Die Empfänger von Sozialhilfe im engeren Sinne (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) werden im Folgenden kurz „Sozialhilfeempfänger“ genannt.

³ Aufgrund der zum 1. Januar 2001 in Kraft getretenen Bezirksreform in Berlin ist ab dem Berichtsjahr 2001 eine Aufbereitung und Darstellung der Ergebnisse für das ehemalige Berlin-West und Berlin-Ost nicht mehr möglich. Im Folgenden werden die Ergebnisse für Westdeutschland und Ostdeutschland daher jeweils ohne Berlin dargestellt.

S Sozialhilfe im Ländervergleich 2003

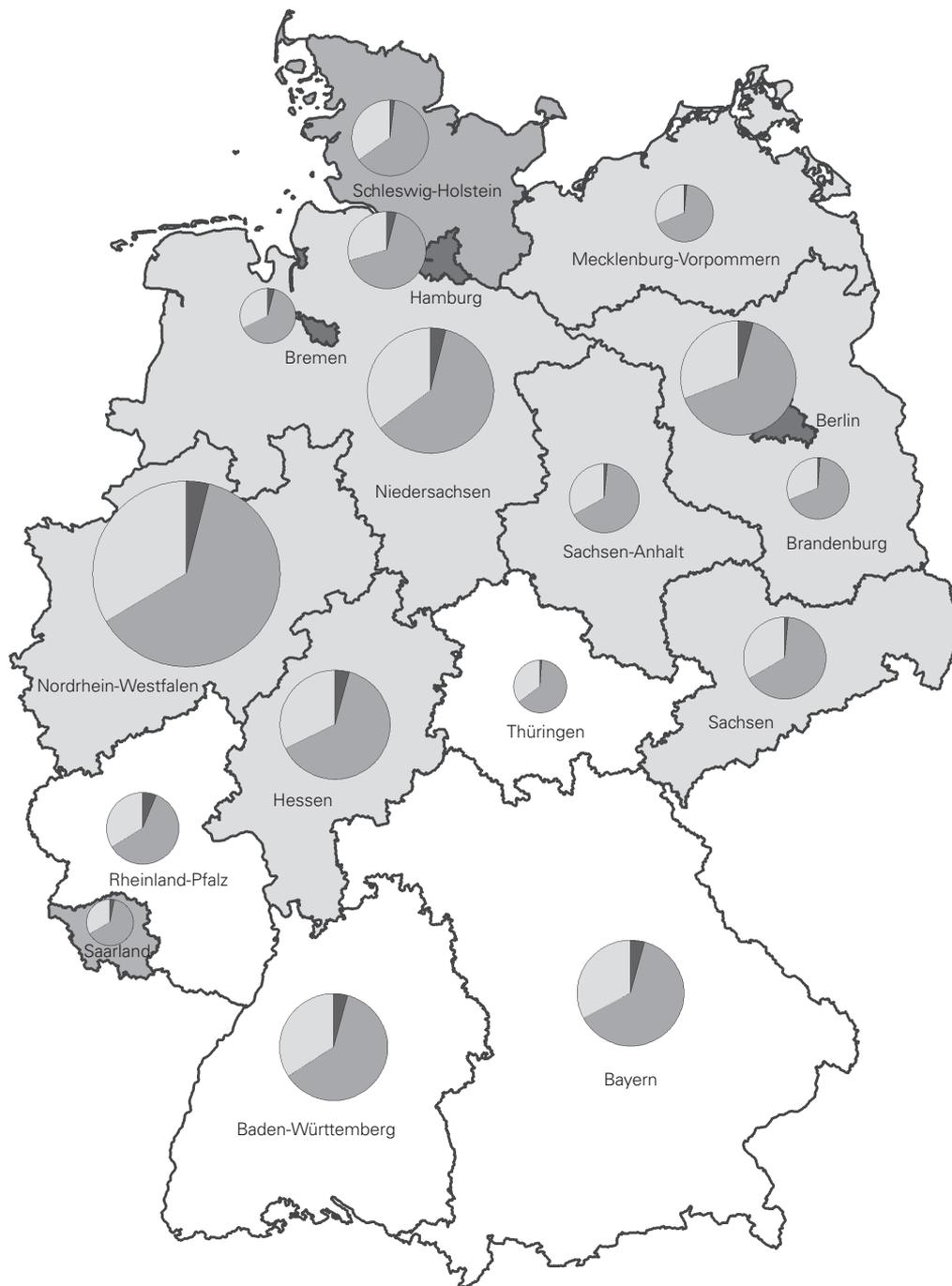
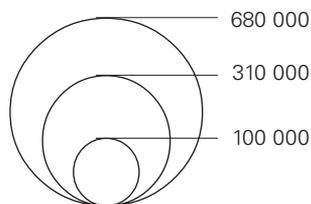
Anteil der Sozialhilfeempfänger in %



Sozialhilfeempfänger im Alter von ... Jahren



Sozialhilfeempfänger insgesamt



Sozialhilfequote zwischen 1,9 in Erlangen und 11,9 in Bremerhaven

Die Sozialhilfequote ist in den Großstädten weiterhin höher als auf dem Land. So errechnet sich für die ausgewählten 76 Großstädte eine durchschnittliche Bezugsquote von 5,6 %; dieser Wert liegt damit deutlich über der allgemeinen Quote von 3,4 %. Fast die Hälfte (1,38 Mill.) der bundesweit 2,81 Mill. Hilfebedürftigen lebt in diesen Großstädten. Wie im Einzelnen Ende 2003 die Sozialhilfequote dort lag, weist unten stehende Übersicht aus.

Die unterschiedlichen Bezugsquoten in den Bundesländern spiegeln sich auch auf der Ebene der Großstädte wider. So errechnen sich für die Großstädte, die in den Bundesländern mit den niedrigsten Sozialhilfequoten liegen (Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen), fast durchweg auch unterdurchschnittliche Bezugsquoten. Eine Ausnahme bildet in Baden-Württemberg lediglich die Stadt Mannheim mit einer leicht überdurchschnittlichen Quote von 6,0 %.

Anteil von Kindern an Sozialhilfeempfängern zwischen 5 % in Erlangen und 28 % in Bremerhaven

Die Sozialhilfequote der unter 15-Jährigen lag sowohl bundesweit als auch in den Großstädten über dem jeweiligen Durchschnitt der Sozialhilfeempfänger insgesamt. Während bundesweit jedes 13. Kind in dieser Altersgruppe unter Sozialhilfebedingungen aufwächst, ist es in den ausgewählten Großstädten fast jedes siebte Kind (13,4 %). Am stärksten betroffen ist Bremerhaven. Hier lebt mehr als jedes vierte Kind (27,8 %) von Sozialhilfe. Ähnlich stellt sich die Situation für Kinder unter 15 Jahren in Kassel, Kiel, Saarbrücken, Schwerin, Bremen, Leipzig und Offenbach am Main dar. Mehr als jedes fünfte Kind war zum Jahresende 2003 hilfebedürftig. Die niedrigsten Quoten wiesen die Städte Erlangen und Leverkusen auf, dort waren 5,0 % bzw. 5,2 % der unter 15-Jährigen von Sozialhilfe betroffen. Das bedeutet, dass für Kinder, die in Bremerhaven aufwachsen, das Sozialhilferisiko mehr als fünfmal höher ist als für Kinder in Erlangen oder Leverkusen. Insgesamt zeigt sich, dass die Sozialhilfequote der Kinder unter 15 Jahren größtenteils zwei- bis dreimal so hoch ist wie die der Empfänger insgesamt in der jeweiligen Stadt. Die Sozialhilfequote der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) liegt sowohl in den ausgewählten Großstädten (5,2 %) als auch bundesweit (3,2 %) deutlich unterhalb der jeweiligen Quote der Kinder. Die Sozialhilfequoten der Hilfebedürftigen im erwerbsfähigen Alter schwanken zwischen 1,6 % in Erlangen und 11,4 % in Bremerhaven.

| | |
|--|----------------------|
| Erlangen | 1,9 % |
| Heidelberg , Jena | 2,0 bis unter 2,5 % |
| Würzburg, Gera, Ulm , Wolfsburg, Ingolstadt, Leverkusen | 2,5 bis unter 3,0 % |
| Freiburg im Breisgau , Chemnitz, Dresden, Reutlingen , Cottbus, Pforzheim , Zwickau, München, Hamm | 3,0 bis unter 3,5 % |
| Kaiserslautern, Herne, Heilbronn , Fürth, Mülheim an der Ruhr, Mainz, Trier, Potsdam, Bonn, Bochum, Regensburg, Stuttgart , Karlsruhe , Augsburg, Münster, Solingen | 3,5 bis unter 4,0 % |
| Göttingen, Erfurt, Osnabrück, Aachen, Düsseldorf | 4,0 bis unter 4,5 % |
| Krefeld, Braunschweig, Darmstadt | 4,5 bis unter 5,0 % |
| Magdeburg, Rostock, Nürnberg, Lübeck, Oldenburg, Bielefeld, Dortmund, Duisburg | 5,0 bis unter 5,6 % |
| Deutschland insgesamt | 5,6 % |
| Oberhausen, Köln, Koblenz, Mannheim | 5,6 bis unter 6,0 % |
| Halle (Saale), Essen, Salzgitter, Hagen, Frankfurt am Main, Ludwigshafen am Rhein, Wuppertal, Leipzig | 6,0 bis unter 6,5 % |
| Wiesbaden, Hamburg, Gelsenkirchen | 6,5 bis unter 7,0 % |
| Mönchengladbach, Hildesheim | 7,0 bis unter 7,5 % |
| Hannover, Berlin | 7,5 bis unter 8,0 % |
| Schwerin, Saarbrücken, Kiel | 8,0 bis unter 8,5 % |
| Bremen | 8,5 bis unter 9,0 % |
| Offenbach am Main | 9,0 bis unter 9,5 % |
| Kassel | 9,5 bis unter 10,0 % |
| Bremerhaven | 11,9 % |

Sozialhilfequote in den neuen Ländern trotz höherer Arbeitslosenquote knapp unter dem westdeutschen Schnitt

Ein Vergleich über die letzten sieben Berichtsjahre – von 1997 bis 2003 – zeigt, dass die Stadt Kaiserslautern den mit Abstand stärksten Rückgang der Sozialhilfequote von 5,9 % auf jetzt 3,5 % (- 2,4 Prozentpunkte) zu verzeichnen hat. Ähnliche Entwicklungen sind auch in Bremerhaven (- 1,9 Prozentpunkte), Freiburg im Breisgau, Krefeld und Kassel (jeweils -1,7 Prozentpunkte) festzustellen. Hingegen verlief die Entwicklung in den ostdeutschen Städten Schwerin von 4,1 auf 8,1 % (+ 4,0 Prozentpunkte), Leipzig (+ 3,3 Prozentpunkte), Halle/Saale (+ 2,0 Prozentpunkte) und Dresden (+ 1,8 Prozentpunkte) in die entgegengesetzte Richtung. Den höchsten Anstieg der Sozialhilfequoten in den westdeutschen Städten haben im Vergleich dazu Hagen (+ 2,1 Prozentpunkte), Solingen (+ 1,7 Prozentpunkte) und Wuppertal

(+ 1,5 Prozentpunkte) zu verzeichnen. Insgesamt sind sieben von zehn Städten, die zwischen 1997 und 2003 den höchsten Anstieg der Sozialhilfequote zu verzeichnen haben, ostdeutsche Städte. Acht der zehn Städte, die bereits 1997 die höchsten Sozialhilfequoten aufzuweisen hatten, gehörten auch Ende 2003 zu dieser Gruppe. Lediglich Schwerin und Hildesheim sind anstelle von Wiesbaden und Hamburg neu vertreten. Eine wesentlich größere Dynamik ist hingegen am anderen Ende der Skala festzustellen: Nur vier von zehn Städten, die 1997 die niedrigsten Quoten aufzuweisen hatten, gehörten auch Ende 2003 zu den Städten mit der niedrigsten Sozialhilfequote. 2003 waren zwei ostdeutsche Städte unter diesen zehn Städten vertreten, 1997 waren es noch sieben gewesen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die durchschnittliche Sozialhilfequote in den dargestellten 76 Großstädten auch Ende 2003 weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag, sich gegenüber 1997 jedoch ebenso wie der Bundesdurchschnitt leicht rückläufig (- 0,1 Prozentpunkte) entwickelt hat. Zwischen den Jahren 1997 und 2003 zeigen sich folgende Zusammenhänge:

- In den ostdeutschen Städten haben sich die Empfängerquoten (ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau) erhöht (zum Beispiel Schwerin, Halle, Leipzig, Magdeburg, Erfurt, Dresden). Nur in Gera ist die Sozialhilfequote konstant geblieben.

- In den meisten süddeutschen Städten haben sich die Empfängerquoten (meist ausgehend

von einem relativ niedrigen Niveau) verringert (zum Beispiel Kaiserslautern, Freiburg, Pforzheim).

- Nordrhein-Westfalen zeigt ein gemischtes Bild. Hier gibt es sowohl Städte mit einer Quotenzunahme (zum Beispiel Solingen, Hagen und Wuppertal) als auch Städte mit einer reduzierten Quote (zum Beispiel Dortmund, Krefeld und Aachen).

- In den hessischen Städten sind die Empfängerquoten konstant geblieben (Frankfurt, Darmstadt) bzw. haben sich (ausgehend von einem relativ hohen Niveau) verringert (Kassel, Wiesbaden).

- Letzteres trifft auch für mehrere norddeutsche Städte zu (zum Beispiel Bremerhaven, Bremen, Hamburg).

Dass die Sozialhilfequote zum Jahresende 2003 in den neuen Ländern trotz deutlich höherer Arbeitslosenquote noch immer knapp unter dem westdeutschen Schnitt lag, könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass in den neuen Ländern verhältnismäßig weniger Ausländer leben (2,4 % der Bevölkerung) als im Westen (10,0 % der Bevölkerung); bekanntlich unterliegt gerade die Gruppe der ausländischen Mitbürger einem relativ hohen „Sozialhilferisiko“. Insgesamt bleibt aber grundsätzlich festzuhalten, dass neben der Arbeitslosigkeit als eine wichtige Ursache für den Sozialhilfebezug noch viele andere Einflussfaktoren (Haushaltsgröße und -struktur, Miethöhe etc.) in Betracht kommen, die jedoch hier nicht näher beleuchtet wurden. ■

kurz notiert ...

In Baden-Württemberg leben 691 000 schwerbehinderte Menschen

Am 31. Dezember 2003 lebten in Baden-Württemberg rund 691 000 schwerbehinderte Menschen; das sind knapp 9 000 Personen mehr als bei der letzten Erhebung im Jahr 2001. Der Anteil bezogen auf die gesamte Bevölkerung blieb nahezu konstant bei 6,5 %. Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung von mindestens 50 zuerkannt wurde.

Die Häufigkeit einer Schwerbehinderung ist stark vom Lebensalter abhängig und steigt mit zunehmendem Alter kontinuierlich an. Fast die Hälfte aller schwerbehinderten Menschen ist mindestens 65 Jahre alt. Der Anteil junger Men-

schen unter 15 Jahren, die unter einer Schwerbehinderung leiden, ist im Vergleich dazu sehr gering. Eine Schwerbehinderung trifft häufiger Männer als Frauen. 7,2 % aller Männer, aber nur 5,7 % aller Frauen sind davon betroffen.

Die häufigste Ursache für eine Schwerbehinderung sind mit einem Anteil von fast 90 % allgemeine Krankheiten. Nur bei 4 % aller Fälle handelt es sich um angeborene Behinderungen. Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- und Zivildienstbeschädigungen haben einen Anteil von 2 % und spielen naheliegenderweise fast nur bei Männern eine Rolle. Arbeitsunfälle – einschließlich Berufskrankheiten, Verkehrsunfälle, häusliche und andere Unfälle – sind dagegen mit einem Anteil von etwas über einem Prozent eine seltene Ursache einer Schwerbehinderung. ■